

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

249 (26.10.1932)



# Das Leipziger Urteil

## Die Presse der Reaktion propagiert einen Staatsstreich

Leipzig, 25. Okt. Im Staatsgerichtshof-Prozess der Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich verurteilte Reichspräsident Dr. Brüning wenige Minuten nach 12 Uhr folgendes Urteil:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend amtliche Befugnisse zu erteilen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung dürfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu erteilen. Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.

### Der Standpunkt der Reichsregierung

Die Reichsregierung erfährt, sieht man das Urteil des Staatsgerichtshofs in der preußischen Klage gegen das Reich als eine vollständige Bestätigung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 an. Das Urteil entspricht auch dem Standpunkt der Reichsregierung hinsichtlich der politischen und parlamentarischen Vertretung des Landes Preußen. Diese Frage ist von der Reichsregierung stets als eine offene Frage behandelt worden.

Der Reichskanzler hat weder in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen, noch durch seine Organe die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag oder im Reichsrat für sich beansprucht oder im Landtag bzw. Staatsrat ausgeübt. Ebenfalls sind die ordnungsmäßigen Vertreter des Landes Preußen für den Reichstag und den Staatsrat vom Reichskommissar instruiert worden. Was im übrigen die sonstigen, bisherigen Maßnahmen anbelangt, so bleiben diese in vollem Umfange bestehen.

### Die badische Regierung und das Urteil des Staatsgerichtshofs

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Das Urteil des Staatsgerichtshofs in der Streitfrage Preußen-Bayern-Baden gegen das Reich hat in den Kreisen der badischen Regierung lebhafteste Befriedigung erweckt. Wenn sich auch das Urteil rein formal die Anträge der Länder Bayern und Baden nicht zu eigen gemacht hat, so erkennt es doch nicht nur prozessual in einem wichtigen Punkte die Antragsbefugnis dieser Länder an, sondern es nimmt darüber hinaus auch in den für Bayern und Baden entscheidenden Dingen sachlich in einer Weise Stellung, die durchaus der von diesen Ländern vertretenen Auffassung entspricht. Das Urteil bringt zum Ausdruck, daß die Einsetzung eines Reichskommissars auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung nur in der Weise erfolgen dürfte, daß der Reichskommissar neben der Landesregierung tritt, daß diese Landesregierung also zwar für gewisse Vollzugsbefugnisse beiseite geschoben werden, niemals aber völlig ihres Amtes entoben werden könne. Auch eine Beiseitenschiebung ist dort nicht möglich, wo es sich um die Vertretung des Landes gegenüber dem Reich, gegenüber den parlamentarischen Körperschaften eines Landes oder gegenüber anderen Ländern handelt. Diese Befugnisse, die man auch als das bundesstaatliche Minimum bezeichnen kann, verbleiben vielmehr auch nach Auffassung des Staatsgerichtshofs der Landesregierung. Gerade die Entziehung der Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten und die damit verbundene Gefahr der Mundtotmachung eines Landes hatte aber dem Land Baden Anlaß gegeben, sich klagen an den Staatsgerichtshof zu wenden. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist freilich auf den Einzelfall abgestellt und spricht nicht, wie es die Länder Bayern und Baden gewünscht hätten, ausdrücklich aus, daß die für unschlüssig erklärten Maßnahmen niemals und unter keinem Umfange getroffen werden dürfen, wie sie ja auch, soweit sich um die bisher vorliegenden Mittelungen übersehen läßt, die Grenzen der aus Artikel 48 Abs. 1 folgenden Befugnisse eines Reichskommissars nicht ausdrücklich in den Kreis der Erörterungen zieht, weil sie die Voraussetzungen dieses Abtates im Fall Preußen überhaupt verneint hat. Bei der Autorität und der großen präjudizialen Bedeutung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs wird man indessen auch in der vorliegenden Form des Urteils eine starke Stütze für die Wahrung der bundesstaatlichen Rechte auch im Fall eines Konflikts mit dem Reich erblicken dürfen. Ueber einige Einzelfragen, Beamtenernennungen und dergl., wird ein Urteil erst nach Eingang der schriftlichen Begründung des Staatsgerichtshofs, die bei dem Umfange der zu erörternden Fragen wohl längere Zeit auf sich warten lassen dürfte, möglich sein.

### Die preußischen Minister über das Urteil

Von Seiten der preußischen Staatsminister wird zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs folgendes mitgeteilt: Die Erklärung der Reichsregierung, daß die Verordnung vom 20. Juli im vollen Umfange durch das Urteil bestätigt werde, entspricht in mehrfacher Beziehung nicht den Tatsachen. Sie ist offenbar vor genauer Kenntnis des vollen Inhalts der Entscheidung und ihrer Begründung abzugeben. Der Staatsgerichtshof stellt zunächst fest, daß die Verordnung nicht auf den Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung gestützt werden konnte. Er stellt fest, daß das Land Preußen keine Pflichten gegen das Reich nicht verleiht hat und daß daher eine Reichsexekution gegen Preußen nicht zulässig ist. Damit hat der Staatsgerichtshof in dem Punkte, den Preußen von vornherein als den wichtigsten Punkt seiner Klage bezeichnet, voll und ohne Einschränkung Preußen Recht gegeben. Der Staatsgerichtshof stellt ferner fest, daß die Verordnung dem Reichskommissar zur endgültigen Abfertigung der preußischen Minister ermächtigen wollte, daß der Reichskommissar auch anfangs eine endgültige Abfertigung beabsichtigt hat, daß aber weder eine solche

endgültige, noch auch nur eine vorübergehende Abfertigung der Staatsminister zulässig war.

Der Staatsgerichtshof stellt weiter fest, daß in keinem Augenblick der Reichskommissar zur Landesregierung geworden ist, obwohl er sich ständig so bezeichnet hat, daß vielmehr Landesregierung nur die geschäftsführenden Staatsminister waren und sind. Er stellt fest, daß der Reichskommissar zwar vorübergehende Zuständigkeiten des Landes auf das Reich übernehmen konnte, aber keineswegs alle Zuständigkeiten.

Der Staatsgerichtshof stellt besonders fest, daß nicht der Reichskommissar, sondern nur die Landesregierung, d. h. die Staatsminister und ihre Bevollmächtigten, das Land Preußen im Reichstag, im Reichsrat, im Landtag und im Staatsrat zu vertreten haben und daß sie allein zur Vertretung Preußens gegenüber dem Reich und gegenüber den anderen deutschen Ländern befugt sind.

Aus alledem ergibt sich, daß durch diese Entscheidung des Staatsgerichtshofs die Verordnung vom 20. Juli nicht etwa im vollen Umfange bestätigt, sondern sowohl in ihrer rechtlichen Grundlage, wie in der Ermächtigung wesentlich eingeschränkt wird.

Die preußischen Staatsminister werden in Ruhe prüfen, welche Folgen sich aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofs ergeben und sich bei ihren weiteren Schritten von strengster Sachlichkeit leiten lassen.

### Braun beruft Staatsministerium

Wie das „Tempo“ berichtet, hat Ministerpräsident Braun für Mittwoch vormittag zehn Uhr das alte preußische Staatsministerium zu einer Sitzung im preußischen Wohlfahrtsministerium einberufen. Gegenstand der Beratung sind die Stellungnahme zum Leipziger Urteil und die Feststellung der sich hieraus für das Kabinett ergebenden Konsequenzen.

### Badische Sozialdemokratie gegen die Konkordate

Am Montag, den 24. Oktober, tagten in Karlsruhe gemeinsam Parteil Ausschuss und Landtagsfraktion, um zur politischen Lage im Reiche und in Baden Stellung zu nehmen.

Dabei wurde auch der geplante Abschluß von Konkordaten sowohl mit der katholischen wie mit der evangelischen Kirche behandelt.

Parteil Ausschuss und Landtagsfraktion haben bezüglich der Konkordate folgende Entschließung einstimmig angenommen:

**Parteil Ausschuss und Landtagsfraktion haben nach sorgfältiger Prüfung der politischen Situation beschlossen, den von der Regierung in Aussicht genommenen Konkordaten die Zustimmung zu versagen**

### Papens Niederlage

Von Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Die Reichsregierung hat Mut. Sie geht so weit vor, daß sie das Urteil des Staatsgerichtshofs in Sachen Preußen als Rechtfertigung ihres Standpunktes und ihres Vorgehens ausgibt. In Wirklichkeit bedeutet der Leipziger Spruch eine schwere Niederlage für Herrn von Papen und sein Kabinett. Bei dem Versuch, über die Hülden der Verfassung in klügelndem Sprung hinwegzusehen, hat der Reichherr beträchtlichen Schaden gestiftet. Daran ändert der Umstand nichts, daß der Staatsgerichtshof den Absatz 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung für anwendbar erklärt und dem Reichspräsidenten das Recht zuspricht, nach pflichtmäßigem Ermessen die gesamte staatsrechtliche Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in eine Bahn zu lenken. Diese der Papenregierung günstig erscheinende Entscheidung konnte gefällig werden, weil der Wortlaut des Artikels absoluter Klarheit und Unzweideutigkeit entbehrt und weil das in der Verfassung angelegte auslegende Reichsgesetz bisher leider noch nicht ergangen ist. Aus dem Fehlen einer wirklichen Begriffsbestimmung der Störung und Gefährdung von Sicherheit und Ordnung und aus dem Nichtvorhandensein einer festen Abgrenzung der Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der bedrohten Güter getroffen werden können, zieht die Regierung Papen Nutzen.

Damit ist indessen noch nicht alles gesagt. Das Gericht hat sich offenbar bemüht, einen Weg zu finden, auf dem es nicht nur dem juristischen, sondern auch dem politischen Tatbestand gerecht werden konnte. Es glaubte nicht zu einem Ergebnis kommen zu dürfen, durch das nicht nur alles, was seit dem 20. Juli in sachlicher und personeller Beziehung geschehen ist, ungeschehen gemacht werden würde, sondern durch das auch die Stellung des Reichspräsidenten unter Umständen schwer erschüttert worden wäre. Deshalb hält es beispielsweise dem Reichskommissar für befugt, Beamte in den einflussreichen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern und zu entlassen, und deshalb wird die Verantwortung der Frage, ob der Reichskommissar auch die ministeriellen Geschäftsbereiche erfassen dürfte, die mit der allgemeinen Politik und der politischen Ordnung unmittelbar nichts zu tun haben, dem Reichspräsidenten zugewiesen.

Auf diese Weise erhält das Urteil natürlich einen zwiespältigen Charakter und die Gefahr, der man entgegen

wollte, ist infolgedessen nicht vermieden worden, als man eine höchst merkwürdige Zuständigkeitsverteilung zwischen der Regierung Braun-Severing und dem Reichskommissar Brauns getroffen hat. Aber trotz dieses inneren Widerspruchs, an dem die Entscheidung krankt, ist es unverzeubar, daß sie in allem wesentlichen gegen diejenigen richtet, die den Hülensritt gegen Preußen unternommen haben.

Wer die Siegesfanfare der Papen richtig würdigen will, der muß sich in den Wortlaut der Verordnung vom 30. Juli erinnern. Da wurde auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 ein Reichskommissar bestellt, der ermächtigt war, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler als Reichskommissar stecken alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten den von ihm mit der Führung der Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Zunächst schlägt der Staatsgerichtshof den Urheber der Verordnung die Berufung auf den Absatz 1 des Artikels 48 aus der Hand, wonach der Reichspräsident eintritt, wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Preußen kann keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden und von all dem abgesehen, werden die Normen, die man wegen seines öffentlichen Auftretens gegen Severing erhoben hat, als unberechtigt zurückgewiesen.

Das Urteil erklärt die weiteren die Ermächtigung zum Amtsenthebung der Minister für ungültig. An die Stelle der verfassungsmäßigen Landesregierung kann vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden, und die Übertragung von Zuständigkeiten auf ein Reichsorgan findet ihre Grenze in der Notwendigkeit, die Landesregierung die Befugnisse zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reich unentbehrlich sind. Gewiß, an diesem Punkt stoßen wir auf die gewaltige Konstruktion, nach der eine Regierung zwar in ihren Rechten gegenüber dem Reich selbständig bleibt, aber ihre staatsrechtlichen Befugnisse dem Reichskommissar überlassen soll. Indessen vertritt es ein außerordentliches Maß von Bescheidenheit, wenn das Kabinett Papen dies, wie gesagt, aus politischen Gründen gemachte Zugeständnis als einen Triumph seiner Sache und eine Rechtfertigung seiner Verordnung verurteilt.

Kein, alle Deutungs- und Verdrehungsversuche können über das schwere Fiasko der gegen Preußen und gegen die Demokratie gerichteten Aktion nicht hinwegtäuschen, und wenn die mit taufenden in den Ozean reaktionärer Politik hinausgeschifften, auch nicht, wie der Schifferliche Nüchling, still auf dem rettenden Kiel zurückkehrten — ihr Schiffbruch liegt fest.

Und wie wird es nun weiter werden? Die preußische Staatsregierung wird am Mittwoch zur Lage Stellung nehmen. Was wird die Reichsregierung tun? Wird sie sich darauf beschränken, das Vernichtungsurteil zur Kenntnis zu nehmen? Es ist außerhalb des Bereichs absolutistischer Staatswesens kaum ein Land denkbar, in dem ein Kabinett nach einer solchen Niederlage im Amt bleiben könnte. Aber das will leider nicht sagen, daß wir damit rechnen, Herr von Papen wird den Schritt tun, der allein der Würde seines Amtes und der des Deutschen Reiches entspräche. Wir achten uns nun der Hoffnung hin, daß er sich von dem Schlag, der ihm jetzt getroffen hat, so leicht nicht wieder erholen wird. Die Verfassungstreue des deutschen Volkes hat ihr Urteil über den gegenwärtigen Reichskanzler bereits vor der Verkündung des Reichspräsidentenwotums gesprochen und wird die den sich jetzt zum mindesten fragen, ob es sich empfiehlt, das unter Führung eines Herrn v. Papen zu wagen

### Pressestimmen zum Leipziger Urteil

Aus der Berliner Rechts- und Regierungspreffe spricht am Dienstagabend die tiefe Enttäuschung über das Urteil des Staatsgerichtshofs.

„Zweifelhaftes Urteil in Leipzig“. „eine unmögliche Entscheidung“ lauten die Überschriften der Badenblätter, und frambant finden die Kommentare den Verrag über das Urteil und die Regierung zu verzerren. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weiß durch Herrn und Meißer Papen keinen besseren Rat, als sich durch „schleunige Notverordnung“ vor den Folgen des Urteils zu schützen. Im Grunde also eine Notverordnung gegen das höchste deutsche Gericht, das die Urheber des 20. Juli so lange als Entscheidungsmittel instand gehalten hat, solange sie hoffen hier eine Sanftmütigkeit bis zum 20. Juli zu erhalten.

Die „Kreuzzeitung“, das Stahlhelmorgan, bekämpft die Niederlage von Leipzig, um zu fordern, Herr von Papen möge jetzt mit der ganzen Weimarer Verfassung Schutz machen, weil er anders aus dem Dilemma nicht herauskomme.

Der „Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, faßt das Urteil als „eine Niederlage“, die das Recht hat, die preußische Regierung abzulehnen und an deren Stelle direkt zu regieren.“

Das „Berliner Tageblatt“ sieht in dem Urteil des Staatsgerichtshofs einen preußischen Erfolg, und da der Reichskanzler den Verberiff des 20. Juli die Verantwortung trage, so sei jetzt seine Aufgabe, aus dem Spruch von Leipzig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und das Recht wieder herzustellen.

Die „Vossische Zeitung“ leidet ihre Ansicht in folgende Worte: „Das Reich wollte — das ergibt sich aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs — die Regierung Braun-Severing am 20. Juli aufgelöst werden. Der Versuch ist gescheitert an den Rechtsgarantien der Weimarer Verfassung und am Staatsgerichtshof. Das Reich wollte — das ergibt sich aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs — die Regierung Braun-Severing am 20. Juli aufgelöst werden. Der Versuch ist gescheitert an den Rechtsgarantien der Weimarer Verfassung und am Staatsgerichtshof. ... Hätte die Papenregierung das getan, wäre aus der ganzen Linie heute leichter. Damals hätte die Regierung sich wenig um Recht und Gericht. Sicherlich glaubte sie an die Rechtsgrundlagen ihres Vorgehens und traute sich alle Welt davon zu überzeugen. Die Regierung, die das Recht nicht brüskiert und verachtet, kann das unabhängige Gericht nicht außer acht lassen. Sein Spruch ist daher eine schwere Niederlage für die Reichsregierung von Papen. Zugleich eine Warnung für alle, die an der Verfassung leichtsinnig Herzensberurteilungemitteln.“

Reichsinnenminister und Rundfunk

BR. Berlin, 25. Okt. Wie wir aus Kreisen des Reichsinnenministeriums erfahren, hat Minister Frhr. v. Gaal nach Prüfung des Berichts über den Rundfunk...

Die Schmähereien eines Naziredners im Rundfunk gegen die republikanische Bevölkerung und der Protest der Linkspresse haben den Reichsinnenminister nunmehr doch zu einer Prüfung der Angelegenheit gezwungen...

Nur überfließt Herr von Gaal immer noch, daß neun Zehntel aller Rundfunkteilnehmer nicht nur diesen Nazihelden, sondern das ganze heutige System des Rundfunks und sein Programm ablehnen...

Frankfurt a. M., 25. Okt. (Via Draht.) Die Zeitung des Frankfurter Arbeitervereins hat, wohl auf Weisung der obersten Rundfunkbehörde, als Solisten ihres Montagskonzerts den Geiger...

Die Sozialdemokratie für die Jugend

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstagen den Antrag zur Einberufung der Jugend...

Die Arbeitslosigkeit weiter Volkskreise, die durch die verschiedenen Notverordnungen der Regierung haben die Beschäftigung der Jugendlichen und Unterhaltungsbedürfnisse der Sozialversicherung...

Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen, den Reichsminister zu ersuchen, alles zu tun, damit eine lückenlose gesundheitliche Überwachung der Jugend gewährleistet wird...

Reichswehrangehörige wegen Waffenverkaufs verhaftet

BR. Berlin, 25. Okt. Vom Reichswehrministerium wird die Meldung bestätigt, daß in Königsberg vier Reichswehrangehörige wegen Verkaufs von Waffen an Zivilisten verhaftet worden sind...

Milde Justiz gegen Nazirüpel

Limburg, 25. Okt. Die drei Kölner Naziführer, die in Limburg in der Nacht zum Sonntag nach der Polizeistunde gewalttätig in einer Versammlung eintraten, eine große Glasfenster zertrümmerten, die Berlin am Hals würgten und auf den Tisch schlugen...

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Erstes Sinfonie-Konzert

Das erste Sinfonie-Konzert, das die kommende Winterzeit einleitet, dirigierte Jisse Dobrowen. Er eröffnete es mit Straußens Föhrung „Don Juan“...

Verräter

Das neueste Schanddokument der KPD.

Die Nationalsozialisten verdanken ihr Wachstum der geistigen Bewirrung, die als Folge der entsetzlichen Not in Deutschland um sich gegriffen hat. Diese geistige Bewirrung hat den Boden abgeben für eine dreist verlogene, das Volk verächtende nationalsozialistische Hehe...

Die geistige Bewirrung, die dadurch geschaffen worden ist, haben die Barone genutzt, um in die Macht zu klettern. Sie fühlen sich seitdem als die Herren Deutschlands. Die Republik, die Freiheit des deutschen Volkes und seine demokratische Verfassung, die Rechte und die Erziehungsgewalten der Arbeiterklasse sollen beiseite geschoben werden...

In dieser Situation erklärt das Zentralkomitee der KPD, einen Aufruf, der einen klaren Berrat an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes darstellt, einen Aufruf, der ein Dokument der geistigen Minderwertigkeit und des geistigen Zusammenbruchs der Führung der kommunistischen Partei ist...

Schwerer denn je zeren die Ketten von Versailles an den Gliedern des wertigsten deutschen Volkes und vergrößern die Ausbeutung und Ausplünderung der Massen...

Ein sozialistisches Deutschland wird den Schandvertrag von Versailles zerschlagen, es allein wird im Bündnis mit dem befreiten Willen der Sowjetunion jeden Anschlag Frankreichs, Polens und anderer Imperialisten auf Deutschland zu vereiteln wissen...

Dieser Rückfall in den blödsinnigen Nationalsozialismus ist ein Dokument des geistigen Zusammenbruchs der Führung der kommunistischen Partei! Dies Dokument liefert den nationalsozialistischen Hehern in Deutschland geradezu Stichworte! An den Gliedern des wertigsten deutschen Volkes zert etwas ganz anderes als die Ketten von Versailles! Die Politik des Lohnbruchs der Verelendung der Arbeiterklasse, die Nachgiebigkeit des Unternehmertums, die wahnwitzige Politik der Störung der deutschen Exportbeziehungen zugunsten einer furen Liebesgabenwirtschaft...

Welche willkommene Gelegenheit für alle nationalsozialistischen Panikmacher und Kriegsbeter in Deutschland, wenn die Zentrale der kommunistischen Partei in ihrem Wablauf auf imperialistischen Anschlägen Frankreichs und Polens gegen Deutschland faeilt! Alle aufrüstungslüsterne Elemente konnten sich keine bessere Begründung für ihre Absichten wünschen!

Gegenüber diesem Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse tritt selbst zurück, was dieser Wablauf auf schamlosen Verleumdungen des Kampfes der Sozialdemokratischen Partei enthält. Daß sie unseren Kampf um die Demokratie und um den Sozialismus als schmutzigen Betrug bezeichnen, — das tritt noch zurück hinter dem ungeheuren Verbrechen, das in den Kriegsbetern den aufrüstungslüsterne Elementen, den Nationalisten und Chauvinisten, bei ihrer Arbeit der Völkervergiftung Bundeshilfe leisten!

Dieser Aufruf ist eine Schande für die deutsche kommunistische Partei, er ist eine verräterische und würdelose Anbiederung an die geistige Bewirrung des Nationalismus!

Tagesschau

Die Bestände der Reichsbank an bedienungsfähigen Devisen haben sich um 2,1 Millionen auf 934,0 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1000 Reichsmark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 2,1 Millionen auf 137,2 Millionen Reichsmark zugenommen...

Brüssel, 25. Okt. (Via Draht.) Die neue Regierung Broqueville hielt am Dienstagabend ihren ersten Ministerrat ab. Sie beschloß, das belgische Parlament aufzulösen und die Neuwahlen auf den 27. November auszuschieben...

London, 25. Okt. Sie Maltheer Kavon hat seine Funktionen als Wirtschaftsfachreferendar in vorbereitenden Ausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung niedergelegt.

Deutschnationale Versammlung gesprengt

BR. Hamburg, 25. Okt. In einer Wählerversammlung der DSNV, in der Hofprediger Doehring aus Berlin sprach, zeigte sich eine starke nationalsozialistische Opposition. Es kam zu tümlichen Szenen. Die Polizei erschien im Saal. Schließlich blieb nichts übrig, als die Versammlung vorzeitig zu schließen.

Krach unter Fugenbergern

SPD. Dresden, 25. Okt. (Via Draht.) Ein Riesenkrach ist bei den Dresdener Deutschnationalen aus Streitigkeiten zwischen dem Dresdener Ortsgruppenvorsitzenden Guratsch und dem Geschäftsführer für Ostschlesien, Dr. Renner, entstanden...

Der Krach ist kürzlich dadurch öffentlich zum Ausdruck gekommen, daß Fugenberg den General Wölkmarz beauftragte, Ordnung zu schaffen. Dieser warf kurzerhand Guratsch und den Geschäftsführer für Dresden-Land aus der Partei hinaus. Guratsch

Freunde aber rächten sich durch Angriffe auf Renner, daß Wölkmarz in der Versammlung seinen eigenen Parteifreunden drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Er laute u. a., man sei doch nicht in einer kommunistischen Versammlung. Jetzt herrscht öfener Krieg zwischen den verschiedenen Gruppen der Dresdener Deutschnationalen und begründet wurde ist das Herrn Fugenberg, dem Guratsch einmals nicht genug schmecken konnte, sehr weislich geworden. Er hat deshalb den General a. D. Domes nach Dresden entandt, der Frieden stiften soll. Domes hat aber bisher keinen Erfolg erzielt. Guratsch scheint hauptsächlich deswegen geflohen zu sein, weil er zu jenem berühmten Volksbegehren auf Landtagsauflösung verleitet, das mit einer vollständigen Niederlage und schweren finanziellen Einbuße endete...

Beamten in Dienstkleidung

Das württembergische Staatsministerium hat im Anschluß an eine von der Reichsregierung für die Reichsbeamten getroffene Anordnung dem Staatsbeamten gleichfalls verboten, außerhalb der Ausübung ihres Dienstes in Dienstkleidung an politischen Versammlungen teilzunehmen; bestehen Zweifel darüber, ob eine Veranlassung politisch ist, so ist die Entschiedenheit des Dienstorgans einzusetzen.

Gegen die Nazipastoren

Die Sakramentengemeinschaft unter den protestantischen Geistlichen hat in den letzten Monaten auch in Bayern, vor allem im fränkischen, so stark um sich gegriffen, daß der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskirchenrats sich zum Einschreiten gezwungen sieht. Im Kirchen-Amtsblatt wendet er sich mit einem Wort „ernstlicher Mahnung“ grundsätzlich gegen die politische Betätigung der Geistlichen überhaupt und verurteilt in besonderen die nationalsozialistische Gruppe des protestantischen Klerus, die die unbedingt einschaltende Linie der gebotenen Zurückhaltung weit überschritten und den Dienst der Kirche gefährdet habe. Der Kirchenpräsident verpflichtet alle Geistlichen, sich unbedingte ihrer eigenen politischen Überzeugung im öffentlichen Auftreten einer streng überparteilichen Haltung zu beseeligen und will keine Bekannmachung als letzte Warnung gewertet wissen, damit es ihm erspart bleibe, gegen Träger des geistlichen Amtes vorzugehen zu müssen.

Badisches Landestheater. Als Erstaufführung ging am Dienstag, 25. Oktober, die Operette „Eine Nacht in Venedig“ von Johann Strauß in Szene und wird bereits am Freitag, 28. Oktober, zum erstenmal wiederholt. Das Textbuch wurde schon vor Jahren durch Dr. Karl Dagemann, der auch jetzt hier die Inszenierung übernommen hat, einer Bearbeitung unterzogen, die die ursprüngliche Handlung zwar unverändert ließ, sie aber von den alten, dem heutigen Stilgefühl nicht mehr entsprechenden positiven Zutaten in der Absicht säuberte, den im Wesen seiner köstlichen Kunst liegenden Charakter des Werks, mit dem es sich — wie „Die Fledermaus“ und „Der Zigeunerbaron“ — der Gattung der komischen Oper annähert, zu seinem Recht kommen zu lassen...

In Vorbereitung befinden sich eine Reinschrift der Bauernkriegsdramas „Morian Geyer“, des im November 1870 Geburtsstages beachtenden Dichters Gertart Hauptmann; ferner die Erstaufführung des neuen, mit größtem Erfolge in Leipzig uraufgeführten Stücks „Robinon soll nicht sterben“ von Friedrich Körner, des blutigen Verfassers des Schülerdramas „Der Graue“ und des Lustspiels „Der Mann mit den grauen Schläfen“ von Leo Lens.

# Freistaat Baden

## Anmeldepflicht für Versammlungen

Wiederholt wird von der Pressestelle beim Staatsministerium auf folgendes hingewiesen: Infolge der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 müssen alle öffentlichen politischen Versammlungen spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes dem zuständigen Bezirksamt (Polizei-Präsidium, Polizeidirektion) angemeldet werden. Das gleiche gilt für alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, soweit solche nach der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. (22.) Juli 1932 überhaupt zulässig sind, mit Ausnahme der gewöhnlichen Versammlungen, die hergebrachten Feste von Hochzeitsgesellschaften und der kirchlichen Veranstaltungen, die von der Anmeldepflicht freigestellt bleiben.

## Die Dingeldeyer für Papen

23. Karlsruhe, 25. Okt. Die Deutsche Volkspartei hielt am Dienstagabend im Konzertsaal eine Wahlkundgebung ab. Der Vorsitzende der DVV, Reichstagsabgeordneter Dr. Dingeldey, sprach. Der Redner setzte sich eingehend mit dem Nationalsozialismus und insbesondere mit Adolf Hitler auseinander. Die Aufstellung der Kandidatur Hitlers sei die erste Sünde gegen das nationale Deutschland gewesen, die Hitler begangen habe. Den zweiten Fehler habe Hitler am 13. August begangen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen gab Dr. Dingeldey einen Überblick über die bisherigen Maßnahmen der Regierung von Papen. Der erste beachtenswerte Schritt seien die Maßnahmen in Preußen gewesen. „Zurück zu dem Bismarckschen Staatsgedanken“ — unter dieser Devise sei der erste Schlag gegen den Dualismus Reich-Preußen geführt worden. Die zweite entscheidende Handlung des Kabinetts von Papen sei die Wirtschaftsverordnung gewesen. Das Programm des Reichstagsministers, mit dem der Redner zum größten Teil einig sei, bedeute einen Appell an die Schaffensfreude eines jeden Einzelnen. Es müsse eine Wahlreform angeordnet werden, insbesondere müsse das Wahlalter auf 25 Jahre heraufgesetzt werden. Bevor man jedoch an Reformmaßnahmen denke, müsse der Staat erst einmal in sich fest werden.

## Keine „Eingemeindung“ des Südfunks nach Frankfurt

23. Stuttgart, 25. Okt. Der Sender in Freiburg soll auf die gleiche Stelle wie Frankfurt gelegt werden. Aus technischen Gründen ist es unmöglich, den Südfunk-Sender für diesen Zweck zu benutzen. Aus dieser Tatsache erklärt es sich wohl, daß in letzter Zeit Gerüchte aufgetaucht sind, nach denen der Südfunk in Stuttgart aufgelöst und das gesamte Radioprogramm von Frankfurt aus gegeben würde. Dies entspricht, wie das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ berichtet, nicht den Tatsachen. Selbstverständlich würde man in Württemberg nicht stillsitzen, wenn wirklich Absichten beständen, den Südfunk zu kassieren. Da aber solche Absichten bei den wirklich maßgebenden Stellen nicht vorhanden sind, so lange liegt auch kein Grund vor, sich dagegen zu wehren.

## Methode Coué

### Der Preußen-Sozialismus

Die Nationalsozialisten haben schlechtes Wetter. Mißmut und Unzufriedenheit breitet sich in ihren Reihen aus, die Wahlmaschine läuft nicht mehr mit altem Schwung und vor allem fehlt das Öl der Schwerindustrie. Die nationalsozialistischen Oberbunzen, die sich schon seit an der Futtertrappe haben, bemühen sich daher mit vollen Lungen, das abglimmende Feuer wieder anzufachen und — die „Miesmacherei“, die in den nationalsozialistischen Kreisen heute täglicher Gast ist, durch Redensorten totzuschlagen. Es hilft jedoch nichts: der nationalsozialistische „Führer“ ist so voll mit künstlichen Attaketen und an den Haaren herbeigesogenen Märchen, daß allgemach

jeder merkt, es geht mit den Nationalsozialisten bergab, und daran ist nichts mehr zu ändern. Es beruhigt doch schon mehr als lächerlich, wenn der nationalsozialistische „Führer“ erklärt, „daß der Nationalsozialismus immer sich selber treu geblieben ist“. Glaubt der „Führer“ ernstlich, daß dies irgend jemand als voll nimmt, der die Eidechsen der Herrn Hitler und die sich

widersprechenden Verprechungen der Nationalsozialisten kennt, die heute bereits in der Praxis von „nationalsozialistischen Regierungsmännern“ Lügen gestraft werden! Müß nicht jeder über diese „Treue“ lachen, der den Kuhhandel zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum, den einstigen „Schwarzen Marxisten“, verfolgt hat! Nein, nein, mit solchen Manövern kommen die Nationalsozialisten nicht über ihre Depression hinweg, auch wenn sie zur Abtötung die Sozialdemokratie beschuldigen. Arm in Arm mit der Reaktion zu marschieren. Der schwarze Kampf der

Sozialdemokratie gegen die Reaktion, mag sie nun von Hitler, Hugenberg oder Papen getrieben werden, ist zu bekannt, und hat sich jetzt erst bei den Staatsgerichtshofverhandlungen in Leipzig so sehr in seiner vollen Schärfe gezeigt, daß die Lügen der Nationalsozialisten nur Seiterkeit erzeugen könnten.

Wenn jedoch der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die Reaktion kein Sieg beschieden worden ist, so deshalb, weil dem Aufstieg der Arbeitermassen durch die Nationalsozialisten ein Dolchstoß von hinten versetzt worden ist. Der Vergleich der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse um jene Zeit, als die Sozialdemokratie führend im Reich war, mit jener Zeit, in der die Nationalsozialisten ihren gewaltigen Aufstieg genommen haben, und in der sie nun wie jetzt im letzten Reichstag 230 Abgeordnete hatten, zeigt, wo die Sozialreaktion ihre Ursachen hat.

Je mehr Nationalsozialisten, um so schlechter die Lage der Arbeiterklasse. Allerdings, wenn man den Sozialismus so definiert, wie ihn dieser Tag der „Führer“ definiert hat:

„Sozialismus ist der Dienstverpflichtung des deutschen Soldaten; Sozialismus ist nichts anderes als in die Tat umgesetztes Preudentum!“

dann ist es erklärlich, daß die Arbeiterklasse bei dieser Art von preußischem Sozialismus schlecht abkame. Nun wissen wir aber auch, wie es mit dem Sozialismus der Nationalsozialisten bestellt ist. Von diesem „preußischen Sozialismus“ haben wir in der Vergangenheit

mehr als genug gehabt, und nehmen ihn daher erst recht für die Zukunft ab. Wenn die Nationalsozialisten allerdings glauben, daß dieser Wehrkraft, nachdem diesem „preußischen Sozialismus“ ihnen als eine Art Coué-Erfaß dienen kann, dann sind sie schief gewickelt. Das badische Volk dankt für solchen „Preußen-Sozialismus“ und wird ihn, je mehr es erwacht, ablehnen, mag er sich nun in fridericianischem oder braunem Gewand darbieten.

## Der Feldzug der Nazis gegen die Volkspartei

# „Der Führer“ wieder verurteilt

## Moraller erhält 3 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des badischen Finanzministers Dr. Mattes

Der schon sehr häufig mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geratene Schriftleiter des „Führer“,

### Franz Moraller,

hatte sich gestern wieder einmal wegen Verleumdung und übler Nachrede zu verantworten.

Der Klage liegt ein Artikel des „Führer“ und „Miemannen“ zugrunde, der einen Tag vor der letzten Reichstagswahl erschien und der sich mit dem angeblichen Bankrott des badischen badischen Finanzministers Dr. Mattes befaßte. Unter den beiden biden Ueberchriften:

### „Ein Mann von internationalem Ansehen“ und „Der badische Finanzminister Dr. Mattes und sein Bankrott im Ausland“

erließen in großer Aufmachung die Nachricht, daß der Minister Mitte Juni den Betrag von 1800 Mark an die Schweizer Volkspartei in Kreuzlingen überwiesen habe und folgerie daraus, daß der Minister sich der Kapitalverschwendung schuldig gemacht habe. Weiter verächtete man den Minister, daß er seine Stellung dazu benutzte, um sich die Genehmigung bei der Deutschen Volkspartei zu verschaffen, die im gleichen Falle einem anderen Staatsbürger verweigert worden wäre. Der Zweck des Artikels war offensichtlich. Er erschien einen Tag vor der Wahl und endete auch mit dem Aufruf, daß die Wähler am Wahltag ihre Stimme nicht der Volkspartei des Herrn Mattes, sondern den Nazis geben sollten. Daraus ging aber auch klar hervor, daß es den Leuten der Führerredaktion vor allem darauf ankam, den Artikel so zu bringen, daß ein Widerruf der aufgestellten Behauptungen noch vor der Wahl unmöglich war.

Für dieses Wahlmüßel stand nun der Führerschriftleiter Moraller, der bis heute nicht weniger als 14 Vorstrafen wegen politischer Beleidigungen und eines Robeidsbetriffs erhielt, und seiner Reklamation allein an Strafen gegen 4000 Mark gefolgt hat, unerschrocken der sicher den gleichen Betrag ausmachenden Kosten, vor Gericht. Er bezeichnete sich als den Verantwortlichen und will die Unterlagen für den Artikel von einem Konstanzener Vertrauensmann erhalten haben. Das ist

die Ausführungen des Schweizer Bankhauses besonders interessant. In einem Brief an den Finanzminister erklärte dieses, daß es ihm unbegreiflich erscheine, wie in diesem Falle das Bankgeheimnis gebrochen wurde. Auf keinen Fall glaubt das Bankhaus, daß einer seiner Angestellten sich dieses schweren Vertrauensbruchs schuldig gemacht habe. Der Betrag sei vielmehr am 18. Juni auf das Karlsruhe Postfachamt für die Schweizer Volkspartei Kreuzlingen einbezahlt worden.

liegt dabei nicht die Vermutung sehr nahe, daß nicht in Konstanz, wie der Herr Moraller ansieht, sondern ganz wo anders der „Mitarbeiter“ des „Führer“ sitzt?

Es ist verständlich, daß der Naziredakteur diese Person nicht nennen will. Der Fall selbst ist aber eine jener traurigen Folgen der Aufforderung, die der „Führer“ an alle seine Leser richtete, Schulfunktionen gegenüber ihren Beamten oder Amtsstellen zu begeben.

Vom Gericht wurde der Finanzminister Dr. Mattes als Zeuge vernommen, der den tatsächlichen Vorgang wie folgt schilderte: Im Frühjahr 1928 starb sein Vater und er erbe dessen Grundbesitz einschließlich der Grundschulden, die er mit übernahm. Ein Teil dieser Forderungen wurde auf die Volkspartei in Kreuzlingen übertragen, die an ihn auch in diesem Jahre die fällige Zinsrechnung stellte.

Darauf hatte er als halbjährigen Zins den Betrag von 1800 Mark zu bezahlen.

Er unterbreitete diese Tatsache der Deutschen Volkspartei, die auch die Genehmigung zur Bezahlung erteilte. Daraufhin wurde am 13. Juni der genannte Betrag auf das Karlsruhe Postfachkonto überwiesen. Der ganze Vorgang nahm einen absolut einwandfreien Verlauf.

Nachdem dann die Staatsanwaltschaft die Sache in der Hand hatte, wollte der „Führer“ sich aus der Geschichte mit einem Bericht ziehen. Diese Regelung hat der Finanzminister abgelehnt. Bei den Nazis gab es daraufhin lange Geheißer und sie wollten nun plötzlich im guten Glauben gehandelt haben.

Der Oberstaatsanwalt von Hofen kennzeichnete das leichtfertige Verhalten des Angeklagten, der auch wegen vorläufiger Verhaftung schon vorbestraft ist, als besonders gefährlich. Der Vorwurf der Desinfizierung ist, so unehrerlich, daß, wenn er zu Recht erhoben worden wäre, der Minister aus dem öffentlichen Leben hätte verschwinden müssen. Er beantragt deshalb, über die in der Vorverurteilung vorgesehene Mindeststrafe erheblich hinausgehen und stelle die Zahlung einer Buße an die Staatskasse in das Ermessen des Gerichts.

Nach längerer Beratung fällt die große Strafkammer unter dem Vorsitz von Herrn Landgerichtsdirektor Böhringer das folgende Urteil:

Der Angeklagte Mattes wird als Mindeststrafe zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt und zu einer Buße an die Staatskasse von 200 Mark. Außerdem wird das Urteil in einer Anzahl Zeitungen veröffentlicht werden.

# Aus aller Welt

## Ein frecher Juwelenraub

23. Hamburg, 25. Okt. In der stark belebten Dammtorstraße wurde am Dienstag nachmittag kurz vor 15 Uhr von einem Manne die Ladenkasse eines Juwelergeschäfts mit einem Stein eingeworfen. Der Täter riß ein Tablett mit Schmuckstücken, zumeist Brillantringen, im Gesamtwert von 15.000 bis 20.000 M an sich und ist mit seiner Beute auf dem Fahrrad entkommen.

## Schweres Autounfall

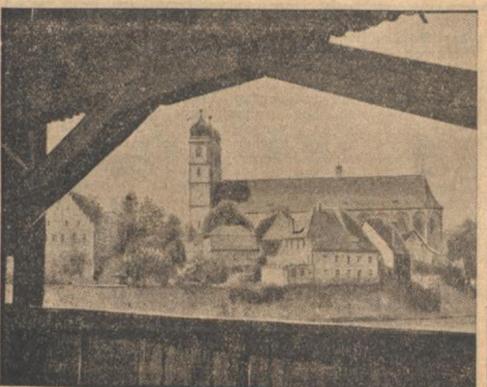
23. Ems, 25. Okt. Der beim Landtrabrennen beschäftigte Arbeitsfreieinwillige Henne, der vor einem berankommenden schweren dänischen Reiseauto die Straße überqueren wollte, wurde vom dem Wagen erlöst und tödlich verletzt. Der Wagen rannte gegen einen Baum. Der Führer, der dänische katholische Pfarrer Erlens aus Apenrade, slog durch die Windischscheibe auf eine Weise, wo er mit Schnitmwunden liegend blieb. Sein Mitfahrer wurde im Wagen festgeklemmt und dabei lebensgefährlich verletzt.

## Zum Einsturz des Turmes der Pauluskirche bei Wshaffenburg

23. Wshaffenburg, 25. Okt. Wie die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Wshaffenburg zu dem Einsturz des Turmes der Pauluskirche in Wshaffenburg-Damm mitteilt, hat das Ermittlungsverfahren keine beweiskräftigen Tatsachen dafür ergeben, daß der Einsturz des Turmes durch ein Sprengstoffattentat verursacht worden ist.

## Verstärkter Drahtseilanschlag bei Berlin

23. Potsdam, 25. Okt. Ein Berliner Autofahrer bemerkte Montagabend bei Wannsee, quer über den Weg gespannt, ein Drahtseil. Auf der einen Seite war es an einem Zaunpfahl befestigt, auf der anderen an einem Baum verzweigt. Es befand sich etwa 30 Zentimeter über dem Erdboden, vorläufiges Fahren hat die Anwesen des Kraftwagens vor Unheil bewahrt.



## Zum Kirchenraub in Sadingen

Das Münster des badischen Städtchens Sadingen, das durch Schefels Roman „Der Trompeter von Sadingen“ berühmt wurde, Aus dem Münster wurden von unbekannten Tätern Kirchenschatze im ideellen Wert von über einer Million Mark gestohlen. Darunter befinden sich vor allem Reliquien des Heiligen Fritholin und das Kreuz der Königin Agnes, Gemahlin Albrechts I.

## Statistik der Menschheit

Nach einer von Böcklerund herausgegebenen Statistik leben auf der Erde 2 012 800 000 Menschen.

## Ein Stuttgarter in Bolivien ermordet

Vor einem Jahr kam nach Stuttgart die Nachricht, daß der Stuttgarter Kaufmann Hans Scheel im bolivianischen Uruval zusammen mit der Wiener Ärztin Irene Erlson ermordet aufgefunden worden war. Man hatte damals einen Wiener Kaufmann namens Walter Kohn im Verdacht, die Mordtat aus Eifersucht begangen zu haben. Kohn wurde verhaftet und in La Paz wegen Doppelmordes zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Trotz dem Kohn dauernd gelungene wurde, er infolge eines Indienscheinbetrugs verurteilt, weil er gegen die beiden Ermordeten fürs vor Entbedung der Tat gebilligte Ausdrücke gebraucht hatte, die von einem Einzeleborenen der Polizei mitgeteilt wurden. Wie jetzt aus La Paz ge. ldet wird, gelang es den Verteidigern Kohns, den wahren Mörder zu finden. Es handelt sich um einen bolivianischen Gutsbesitzer, in dessen Haus man noch die beiden Gewehre fand, mit denen Scheel und Erlson erschossen wurden. Kohn wurde darauf sofort aus der Strafkast entlassen.

## Rekordernte und Kaufkraftschwund

In der Berliner Produktenbörse — und an den Getreidemärkten in anderen Städten wird es wohl nicht anders sein — abt es seit einiger Zeit einen leidenschaftlichen Konflikt, der sich in Berlin auf dem Antrags, hinter dem die landwirtschaftlichen Organisationen stehen, ausgedehnt hat, die Produktenbörse zu schließen, was allerdings abgelehnt wurde.

Begründet wird dieser Antrag mit dem Hinweis auf das Sinken der Getreidepreise während der letzten Wochen. Es besteht, so behaupten die Antragsteller, eine große Kluft zwischen der Berliner Getreidebörse, die die Preise drückt, und der Weizenpartei, die natürlich die Händler gemeint. Die Händler dagegen antworten: es besteht keine Kluft. Der Rückgang der Preise sei auf das Getreide an den Börsen anbieter als verkauft werden könne, sei die einzige Weizenpartei an der Börse.

Die Dinge liegen nun so, daß die Regierung, mit Aufwendung vieler Millionen Mark, Maßnahmen eingeleitet hat, um das Ankommen man auch beobachten, daß das Angebot der Landwirte, zum mindesten an der Berliner Börse, nicht besonders groß, zeitweilig sehr gering ist. Trotzdem aber verrücken sich die Preise. Das ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal haben wir eine Rekord-ernte, so daß viele bekannten, Deutschland verläßt in diesem Getreidejahr über einen echten Ausfuhrüberschuß. Aber die Konsum unter Druck der Arbeitslosigkeit und des Lohn- und Gehaltsabbaus heftlich nachgelassen hat. Zwei Faktoren wirken also auf den Markt ein. Die Rekorderte und der verminderte Konsum. Das Resultat können nur niedrige Preise sein. Dagegen ist kein Kraut gewachsen. Solange die Sozialdemokraten noch eine Spur von Einfluß auf die Getreidepolitik der Reichsregierung hatten, sagten die Landwirte, der Marxismus habe durch verfehlte Getreidepolitik die Preise gedrückt. Heute haben die Landwirte eine autorität Regierung und — o Wunder londerleichen — die gegenwärtigen Getreidepreise liegen weit tiefer als zu der Zeit, wo Sozialdemokraten in der Regierung saßen. Sollte man ironisch sein, so müßte man bemerken, daß deshalb die Getreidepreise so tief liegen, weil die letzte Regierung marxistischer ist. In Wirklichkeit fehlt die Kaufkraft.



# Groß-Karlsruher



## Geschichtskalender

26. Oktober.

1757 \* Staatsminister Freiherr vom Stein. — 1795 Aufhebung des Klosters in Frankreich, Direktorium. — 1879 \* Leo Trotski. — 1906 \* P. A. Sorge, letztes Mitglied des Generalrats der Internationalen. — 1917 Bolschewistenrevolution in Russland. — 1929 † Dichter Arno Holz.

## Um Do X

Aus Mannheim kommt die Meldung, daß Do X heute nachmittag dort eintrifft. Wie Do X weiterhin dazu berichtet, wird das Reiseflugzeug am Mittwoch, 2. November, den Weiterflug nach Zürich antreten. Demnach ist eine Landung in Karlsruhe nicht geplant. Wie nun verlautet, hat diese Mitteilung amtlichen Stellen nochmals veranlaßt, alles aufzubieten, um den Besuch für Karlsruhe doch noch zu sichern. Eine hiesige Zeitung weiß ferner zu melden, daß in Telegrammen und Eilbriefen um Angabe der Gründe der plötzlichen Umdisponierung ersucht wurde. Des weiteren soll nach demselben Blatte eine Vertretung der Stadtverwaltung und des oberrheinischen Luftfahrtverbandes sich heute noch nach Mannheim begeben, um in nochmaligen persönlichen Verhandlungen zu versuchen, den Besuch des Do X doch noch für Karlsruhe zu sichern.

Wir müssen schon sagen: Etwas weniger Bemühungen und weniger Beteln und Bitten, daß Do X in Karlsruhe landet, wäre der Landeshauptstadt viel würdiger. Wenn der Herr Kapitän Christianen von Do X die badische Landeshauptstadt für zu minder wichtig und zu unrentabel hält, um sie mit einem Besuch zu beehren, und auf diesem seinem Standpunkt trotz den wiederholten höflichsten Einladungen seitens der Landeshauptstadt verharret, so soll er es nun eben einfach tun. In diesem Falle halten wir es mit Hindenburg, der in seiner Rede vor der Wahl bekanntlich erklärte: „Wer mich nicht wählen will, der soll es bleiben lassen“, und so müssen wir auch hier sagen: „Wenn der Herr Kapitän Christianen hier nicht landen will, so soll er es eben auch bleiben lassen. Es ist u. E. für die badische Landeshauptstadt geradezu beschämend, wenn sie derart bettelt und winselt, um den Herrn Kapitän Christianen für eine Landung des Do X in Karlsruhe zugänglich zu machen. Es hat nämlich alles seine Grenzen, so auch in diesem Falle. Werden denn die Karlsruher von keinen anderen Sorgen geplagt als von denen, den Do X unter allen Umständen hierher zu bekommen? Wenn das Reiseflugzeug nun einmal in Karlsruhe nicht landet, so bedauerlich dies wäre, so wird deshalb die Landeshauptstadt noch lange nicht zugrunde gehen.

## „Deutsche Woche“ in Karlsruhe

Große Ausstellung vom 29. Oktober bis 6. November

Seit 1930 wird unter Führung des Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes in Berlin, einer gemeinnützigen Werbe-Organisation, die von den Spitzenverbänden der Wirtschaft gebildet wurde, eine systematische Gemeinheitswerbung für deutsche Erzeugnisse durchgeführt. Das wichtigste Gebiet dieser Gemeinheitswerbung ist die „Deutsche Woche“, die im letzten Jahre in über 500 deutschen Städten mit außerordentlichem Erfolge durchgeführt wurde, und die nunmehr auch in einigen badischen Städten stattfinden wird. Die „Deutsche Woche“ steht unter dem Leitpruch: „Deutsche Arbeit — Deutsche Ware“. Sie dient der Werbung für Erzeugnisse industrieller, landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit. Die deutschen Erzeugnisse sollen zum mindesten inwieweit zum Gegenstand der Werbung gemacht werden, als sie in derselben Güte wie die Auslandsware zur Verfügung stehen.

Zur Durchführung der „Deutschen Woche“ in Baden wurde unter Mitwirkung der badischen Regierung von den gesetzlichen Berufsvertretungen von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, sowie einer Reihe von Organisationen ein Arbeitsausschuß „Deutsche Woche“ in Baden gebildet. In Karlsruhe wird die „Deutsche Woche“ in der Zeit vom 29. Oktober bis 6. November stattfinden. Es ist für diese Zeit ein sehr reichhaltiges Programm vorgesehen. Den Mittelpunkt der Veranstaltungen in Karlsruhe wird eine große Ausstellung in den Räumen der Städtischen Ausstellungshalle bilden, an der sich alle Wirtschaftskreise beteiligen. Die Ausstellung zerfällt in einen landwirtschaftlichen und einen gewerblichen Teil. Den Apell zum Verbrauch deutscher Erzeugnisse wird die badische Landwirtschaft in erster Linie durch eine große Sammlung einheimischer Qualitätszeugnisse an die städtische Verbraucherschaft richten. In der gewerblichen Ausstellung wird eine Anzahl Firmen das Beste an industriellen und gewerblichen Erzeugnissen zeigen. Die Ausstellung „Deutsche Woche“ wendet sich an die breiten Massen der städtischen Verbraucherschaft. — Um allen Kreisen den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen, wird beim Eintritt nur ein Kostenbeitrag von 30 Pfa. erhoben, der für Rentner und Erwerbslose auf 15 Pfa. für Schüler auf 10 Pfa. ermäßigt wird.

Die Eröffnung der Ausstellung findet am Samstag, 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, durch eine Führung der Presse statt. Am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 11 Uhr, wird im Städtischen Konzerthaus unter Beteiligung der badischen Regierung eine große öffentliche Fete veranstaltet, zu der alle Kreise eingeladen sind. Der Eintritt in diese Fete ist frei. Am Sonntag, den 30. Oktober, und Sonntag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet jeweils in den Räumen der Städtischen Ausstellungshalle ein Kindernachmittag mit Tanzaufführungen, ausgeführt von der Tanzschule Cilla Herrmann, statt. Vom 31. Oktober bis 3. November finden an allen Tagen jeweils nachmittags 3 Uhr in der Ausstellungshalle Hausfrauennachmittage mit sehr interessanten hauswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Vorträgen statt. Am Donnerstag, den 3. Freitag, den 4. und Samstag, den 5. November wird nach den Vorträgen jeweils ein Theaterstück „Befehle“ aufgeführt.

Die badische Landwirtschaftskammer wird in diesem Jahre auch einen Obstmarkt in Karlsruhe im Rahmen der „Deutschen Woche“ am 3. und 4. November im Kaffee „Rovod“ abhalten. Das Obst wird, wie in früheren Jahren, unmittelbar vom Erzeuger zum Verkauf gebracht. Es findet sich eine reiche Auswahl von Tafel- und Wirtschaftsobst von den einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten vor.

Der Karlsruher Einzelhandel hat sich in anerkennenswerter Weise bereit erklärt, durch Plakatierung an der „Deutschen Woche“ mitzuwirken. Bemerkenswert sei noch, daß die „Deutsche Woche“ nichts mit Autarkie- oder gar Boykottbestrebungen gemein hat. Sie bezweckt vielmehr nur eine positive Werbung für deutsche Erzeugnisse und hält sich streng im Rahmen der außenhandelspolitischen Möglichkeiten.

## Gewerkschaften und Reichstagswahl

Der Vorstand des Gewerkschaftsrates hatte am Montag abend die Betriebsräte, Kartelldelegierten und die auf dem Boden der SPD. stehenden Funktionäre zu einer Versammlung ins Volkshaus eingeladen, in der der Genosse Reichelt, Berlin über „Gewerkschaften und Reichstagswahl“ referierte. In tiefstürzenden Ausführungen betonte der Redner, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Grundlagen des kommenden Sieges der Arbeiterklasse verberet werden müssen, denn von einem absoluten Sieg ist unter den heutigen Verhältnissen wohl nicht zu denken. Es mannt der Boden, auf dem unsere ganze Kultur aufgebaut ist. Der Ausbau des Staates, ist bedroht von den reaktionären Mächten und wenn der 6. November die Kräfte von ehemals noch an die Oberfläche schwimmen sollte, so muß die Arbeiterklasse sich darüber klar sein, daß sie in ihrem Freiheitskampf andere Mittel anwenden muß als bisher. In der Außenpolitik muß unter Ruf nach Abstützung ergehen und nicht nach Gleichheit der Rüstungen, sonst treiben wir Gefahren entgegen, die für die ganze Kulturmenscheit geradezu vernichtend sein können. Gegenüber dem freiwilligen Arbeitsdienst müssen wir ein äußerst wachames Auge haben, denn auch hier besteht die Gefahr, daß er völlig in den Dienst der Reaktion gestellt wird. In die letzte Hütte muß in diesem Wahlkampf der hohe Gedankensinn unseres Endzieles, des Sozialismus Eingang finden. Wenn man gegenüber der heutigen Wirtschaftskrise auch der Auffassung sein kann, daß sie die Kräfte des kapitalistischen Systems ist, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß es nur ein stufenweises Vordringen zu unserem Endziel, zum Aufbau der Gemeinwirtschaft geben kann. In den Vordergrund der Aufbauforderungen müssen wir neben der Arbeitslosenversicherung rücken. Es muß ein St-Lozano gebildet werden, in das auch Sowjet-Rußland mit eingeschlossen ist. Ohne eine Verständigung in der außenpolitischen Situation ist an eine Überwindung der Wirtschaftskrise nicht zu denken. Es ist ein unverzeihlicher Fehler der Papen-Regierung, daß sie nicht nach Genf gegangen ist, aber man wolle dem Nationalismus des deutschen Faschismus nicht zu nahe treten. Schon aus außenpolitischen Gründen müssen wir deshalb alles aufwenden, um das Kabinett Papen zu beseitigen. Wir sind in diesem Kampfe aber höchstwahrscheinlich leider nur auf uns selbst angewiesen. Die Kommunisten richten ja ihren

Dauptschlag immer noch gegen uns. Sie tragen deshalb Dauptschuld, wenn die Reaktion immer mächtiger ihr Haupt hebt. Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die schlimmsten Mordanschläge, die die Arbeiterklasse durch die Papenische Verordnung erhalten hat, abzuwenden gemein wären, wenn die Gewerkschaften nicht durch das wahnfinnige Treiben der Kommunisten gespalten und merzlich geschwächt wären. Auch in Preußen war der Schlußstein der Entwicklung schon vor der Absetzung der Regierung gesetzt durch die Schuld der Kommunisten, die ihrerseits die Absetzung Brauns und Severings propagiert haben. Die SPD. hat deshalb gar keine moralische Berechtigung, unterer Partei treiben wie Borwürfe zu machen, daß sie bei der Absetzung der Papenregierung zu seinen haben, daß es ihnen mit ihren Forderungen nicht zu leisten geben wie bei der demagogischen Agitation. Das man die Forderungen der Sozialdemokratie nach Sozialisierung der Wirtschaft reifen Industriebetriebe einfach als Betrug am Sozialismus abtut, schon aus dem Grunde der Friedenssicherung ist die Verwirklichung der Schlüsselindustrie geboten, denn die Herren der Industrie waren in der Vorkriegszeit schon die größten Kriegstreiber und sind es heute noch. Sie sind deshalb, weil sie als größter Kriegslieferant an der Aufrüstung und am Kriege selbst die höchste materielle Interesse haben. Am 6. November wird ein Großes gerungen. Es geht um das Schicksal der Arbeiterklasse nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Denn wenn Deutschland der Faschismus siegt, dann folgen andere Länder und die Grundlage ist geschaffen für einen neuen, einen gefährlicheren Weltkrieg als wir ihn erlebt haben. Die Arbeiterklasse muß deshalb darauf gefaßt sein, daß sie alles, selbst die Verleumdungen, die sie hören muß, um im Entschuldigungskampfe gegen die Reaktion und Revolution, zwischen Kapital und Arbeit zu unterzeichnen. Die trefflichen aufrüttelnden Ausführungen des Gen. Reichelt wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, worauf Gen. Reichelt nach einem anerkennenden Schlußwort mit dem begeistert aufgenommenen Ruf: Freiheit! die Versammlung schloß.

## Im Zeichen der Karlsruher Wahlvorbereitungen

1200 Personen erbat bisher Auskünfte — Einjüngende Nachfrage nach Stimmzettel — Vorbildliche Institution des Karlsruher Wahlkartens-Schemas — Das Reich lehnt die bisherige Müheverteilung des Wahlkostenaufwandes ab. Am Sonntag ist die Offenlage der Wahlkartei in der Geschäftsstelle des Karlsruher Wahlamtes offiziell geschlossen worden. Wie wir von der Leitung des Amtes, Herrn Dr. Behrendt, erfahren, haben während der Auflegungszeit rund 1200 Personen vorgeprochen, die in irgend einer Form Berechtigungen zu melden hatten.

Von den durch städtische Beamte aus nachliegenden Sparmaßnahmen persönlich den Wahlberechtigten zugestellten Karten sind einige hundert als „nicht bestellbar“ wieder in die Wahlgeschäftsstelle zurückgewandert, da die Empfänger entweder umgezogen oder sonstwie nicht aufzufinden waren. Es ist anzunehmen, daß eine größere Zahl solcher Wähler, die also aus irgend einem äußeren Grunde nicht in den Besitz der Wahlkarten gelangen konnten, noch in den nächsten Tagen in der Wahlgeschäftsstelle im Konzerthaus vorprechen werden.

Bis zum Montag wurden auf der Wahlgeschäftsstelle 300 Stimmzettel angefordert; es ist indessen mit einem Mehrfachen dieser Ziffer zu rechnen, da erfahrungsgemäß die Hauptnachfrage nach Stimmzettel in den letzten 10 Tagen vor der Wahl einzulehen pflegt. Interessant bleibt die Feststellung des Wahlamtes, daß kaum die Hälfte derjenigen Personen, die Stimmzettel für eine Wahl außerhalb Karlsruhes anforderten, dieses Vorhaben auch wirklich ausführten. Vielmehr hat ein großer Teil Karlsruher mit Stimmzettel dennoch in irgend einem Wahlbüro innerhalb des Stadtbereichs gewählt. Hierbei dürfte es vielleicht nicht allgemein bekannt sein, daß jedem Wähler, der einen Stimmzettel erhält, in diesem Augenblick sein Name in der Wahlkartei mit dem Zeichen „St.“ gepeppt wird, so daß er mit der in seinem Besitz befindlichen roten Wahlkarte nicht mehr wählen kann, sondern eben nur noch mit dem Stimmzettel, den er bei Ausübung seines Wahlrechts dem Wahlvorstand abzugeben verpflichtet ist.

Trotz äußerster Sparmaßnahmen bei den Wahlvorbereitungsarbeiten entstehen der Stadtverwaltung doch wieder unvorhergesehene Kosten, die sie diesmal voll und ganz zu tragen hat, während bisher das Reich wenigstens einen Bruchteil des Aufwandes rückvergütete. Erst vor einigen Tagen, nachdem die Hauptvorbereitungsarbeiten erledigt waren, traf die Entschließung aus Berlin bezüglich Ablehnung jeglichen Kostenanteils in Karlsruhe ein, wogegen die Stadtverwaltung alsbald Einspruch erhoben hat.

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfälle

Gestern abend wollte der Führer eines Kleinkraftwagens von der Durlacher Allee in die Bernhardtstraße einbiegen, als im gleichen Augenblick ein Straßenbahnzug kam, der den Kraftwagen erfaßte und einige Meter vor sich her schob, bis die Straßenbahn zum Halten gebracht werden konnte. Das Kraftfahrzeug wurde erheblich beschädigt. Glücklicherweise kamen keine Personen zu Schaden.

Gestern nachmittags wollte auf der Kaiserstraße zwischen der Herren- und Waldstraße der Führer eines Lieferwagens zwischen den dort parkenden Kraftfahrzeugen und der Straßenbahn durchfahren. Er kam jedoch mit der Straßenbahn in Kollision, wobei an dem Straßenbahnwagen ein Handrad abbrach und eine Scherbe zertrümmert wurde.

Beim Überqueren der Fahrbahn wurde gestern nachmittags in Durlach ein 60jähriger Mann von einem Personenkraftwagen erfaßt und etwa 35 Meter weit geschleift. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus eingeliefert, wo sich die Verletzungen jedoch nicht als schwer herausstellten. Das Kraftfahrzeug wurde bei der technischen Prüfung in Ordnung befunden, offenbar hatte der Kraftfahrer, ein 66jähriger Mann, die Derrigkeit über seinen Wagen verloren, so daß er ihn nicht gleich zum Halten bringen konnte.

### Wasserstand des Rheins

Basel 72, gef. 48; Wadshut 260, gef. 46; Rheinweiser minus 107, gef. 40; Rehl 250, gef. 32; Rarau 423, gef. 33; Mannheim 255, gef. 45; Carls 298, gef. 29 Zentimeter.

(:) Silberne Hochzeit. Die Eheleute Christian Bader feiern heute ihre Silberne Hochzeit. Christian Bader ist ein alter treuer Kämpfer in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Im Gesamtverband — Abt. Handelsarbeiter — er immer dabei, wenn es gilt, für die Interessen der arbeitenden Klasse einzustehen. Schon viele Jahre ist er im benedictinerischen beschäftigt und ist dort wegen seines hohen galen Verhaltens sehr beliebt. Auch ist er treuer Abonnent des „Volksfreund“. Wir wünschen dem Jubelpaare alles Glück und Segne mit dem Wunsche: Glückauf zur Goldenen!

Freim. Genossenschaft von Rosen Kreuz. Heute abend 8 Uhr beginnt im Saale des „Rosen Kreuzes“, Stefanienstraße 74, der diesjährige Ausbildungskurs in der „Ersten Hilfe bei Unfällen“, worauf wir hiermit noch besonders hinweisen möchten.

APD. und AGD-Strategen. Unter Bezugnahme auf S. 11 des Pressezeichens erjude ich um Aufnahme folgender Berichtsaufträge. Die im „Volksfreund“ vom 25. Oktober 32 veröffentlichte Berichterstattung, wonach der Kommunist Turek sich besonders vornehmlich auf Pflichten bedrängt hätte, entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe im Gegenteil den Streit um Anhang bis zum Ende gemacht bis der Zentral-Kampfausschuß den Abbruch des Kampfes beschloß. Thomas Turek

Der Verfasser des Berichts wird sich auf dieser Berichtsaufträge äußern. Für heute sei nur so viel gesagt, daß der Vater des Turek, fenders der Berichtsaufträge Wert auf die Feststellung legt, daß mit der Sache nichts zu tun hat. Die Red.)

## Grünwinkel

Generalversammlung der Arbeiter-Madfahrer. Dieselbe fand am Donnerstag, 20. Oktober einberufen und hätte einen besseren Besuch von Seiten der Mitgliedschaft verdient. Dem Geschäfts- und Kassenbericht zufolge ist, eben wie überall, festzustellen, daß die Not der Zeit vor keiner Türe halt macht. Freilich waren die Berichte der Sportleitung, wo eine programmatul gute Beteiligung an den Veranstaltungen festzustellen war, was auch für eine Sportorganisation immer noch das Wichtigste sein dürfte. Die Neuwahlen nahmen Dank der Bereitwilligkeit der seitigen Funktionäre einen normalen Verlauf und wurden in der Mehrzahl die bisherige Verwaltung auf ein weiteres Jahr verpflichtet. Verschiedene interne Abteilungsangelegenheiten wurden durch Aussprache geregelt und dem Gesamtvorstand für ihre Tätigkeit gehakt. Mit dem Gelübnis, im Grünwinkel das Banner „Solidarität“ hochzuhalten und den Wunsche, daß für uns wieder bessere Zeiten kommen mögen, fand die Tagung mit einem „Frisch auf“ ihr Ende.

## Daxlanden

Ein 60jähriger. Unter Parteigenosse Simon Bettsch, Daxlanden, kann heute seinen 60. Geburtstag hegen. Genosse Bettsch ist seit über drei Jahrzehnte ununterbrochen Mitglied der Partei. Auch seine Nachkommenschaft hat er im sozialistischen Sinne erzogen, was heute nicht mehr überall zutrifft. Letzer ist Gen. Bettsch gelundentlich nicht mehr so auf der Höhe, wie es zu wünschen wäre. Wir gratulieren ihm zu seinem heutigen Weigenfeste und hoffen, daß er noch lange als Streiter für die Partei mit uns kämpfen möge. Freiheit!

## Die richtige Ernährung Ihres Kindes

ist in körperlicher und geistiger Beziehung bedeutsam für sein ganzes Leben. Geben Sie Ihrem Kinde von frühesten Jugend an regelmäßig Ovomaltine, die wunderbar, ärztlich warm empfohlene, wohlschmeckende Kraftnahrung aus Ei, Malz, Milch und Kakao. Die Kinder nehmen dabei so gerne Ovomaltine und entwickeln sich prächtig dabei. Auch für Erwachsene gibt es keine bessere Körper- und Nervennahrung. Ovomaltine ist leicht verdaulich und bekömmlich.

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM. 1.15, RM. 2.15 u. RM. 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt. 155 Osthofen-Rheinl.

**Sichtspielhäuser**

**Badische Lustspiele „Die Privatsekretärin“.**

Renate Müller singt, spielt, tanzt und lacht im Konzerthaus in „Die Privatsekretärin“. Unsere Besucher haben sich diesen entzückenden Film sehr beliebt und die Leistung der Badischen Lustspiele erfüllt diesen Wunsch. Um Renate Müller herum spielen ebenbürtige Partner. Die Art von trockenem Humor und lebenswetter Zügelhaftigkeit liefert eine Glanzrolle. Hermann Zehmlig spielt unfischig, ein bissel ironisch den Liebhaber und späteren Ehemann, in den sich alle blonden und braunen Mädel im Zuschauertraum ebenso zeitungslos verlieben wie — seine Privatsekretärin. Wilhelm Zehle führt Regie, er sorgt für durchgehend festes Tempo. Der Film läuft nur drei Tage im Konzerthaus. Man muß ihn sehen, um einen Abend lang so recht von Herzen froh und vergnügt zu sein.

**„Wolkenkrieger“ 2. Woche!**

Der 1. Akt in der Schauburg laufende große Abenteuerfilm „Wolkenkrieger“ mit Wallace Beery, dem größten Charakterdarsteller Amerikas, konnte des anhaltenden Erfolges wegen in die 2. Woche hinein verlängert werden. Da jedoch für Samstag bereits die Premiere eines neuen Epischenfilms angelegt ist, kann der Film nur noch bis einschließlich Freitag gezeigt werden. Im Besonderen läuft bekanntlich neben der „Wolkenkrieger“ der sehr interessante Kurzfilm „William Zinnen gibt Zinnen-Interieur“, der allseits Beachtung gefunden hat.

**Tageskalender**  
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Parteiortabend**  
Heute Mittwoch abends 8 Uhr im Restaurant „Friedrichshof“ (Saalzimmer) Besprechung.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

Schuß, 1. Kameradschaft. Auftreten zur Uebung am Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr Südbühne.

**EISERNE FRONT KARLSRUHE**

**F. B. 2**  
Am Donnerstag, 20. Uhr Zusammenkunft. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird dringend erwünscht.  
**Regist. Mittel- und Südbühne**  
Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, in Gemeinschaft mit der Partei und dem Reichsbanner Versammlung. Gen. Koch spricht.  
Sonntag, 30. Oktober, vormittags 10—11 Uhr, Pflichtübung auf dem Platz. Alles hat pünktlich auszutreten.

**Kleine bad. Chronik**

\* **Landshausen (Amt Eppingen), 25. Okt. Großfeuer.** Wiederum ist unser Ort gestern abend 9 Uhr von einer schweren Brandkatastrophe heimgesucht worden, der fünften in diesem Jahre. Binnen kurzer Zeit brannten drei Doppelpfeilweiden und fünf Schuppen völlig nieder. Die Feuerwehrrührer bei der Größe des Brandes nahezu machtlos. Die Brandgeschädigten sind die Landwirte Martin Schmied, Anton Reibel, Heinrich Kilian, Martin Reucher, Gustav Wischinger und Alois Mayer. Der Brandschaden ist sehr groß, zumal auch zahlreiche Fahrnisse ein Raub der Flammen wurden. Zweifelsfrei liegt wiederum Brandstiftung vor. Von dem rätselhaften Täter hat man noch keine Spur. Die Gendarmerie ist mit der Untersuchung beschäftigt.

\* **Landshausen (Amt Bruchsal), 25. Okt. Zu dem Großfeuer in Landshausen.** Zu dem Großfeuer wird noch bekannt: Auch diesmal konnten keine Motorpumpen angefordert werden. Das Wasser mußte in Fässern herbeigebracht werden. In etwa drei Wochen sollen die Wasserverhältnisse in Landshausen durch Stauungsanlagen soweit gefördert werden, daß bei eventuell wieder auftretenden Bränden die Bruchsaler Motorpumpen herangezogen werden kann. Die Ermittlungen der Gendarmerie nach dem Täter, die mit allem Eifer betrieben werden, haben positives bis jetzt noch nicht ergeben.

\* **Weil a. Rh., 25. Okt. Raubüberfall.** Am Sonntag nacht gegen 11 Uhr wurde ein auf dem Heimweg begriffener etwa 60 Jahre alter Mann aus Binningen von mehreren Burischen überfallen, zu Boden geschlagen und seiner Brieftasche mit rund 300 Jfr. Inhalt beraubt. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

**Partei-Nachrichten**

**Nazi-Paradiere**

**Eine Abrechnung mit der Salentrostulage**

Keine Ausrede mehr! Immer noch operieren die Nazis mit der Ausrede, sie seien zwar die stärkste Partei, aber die bösen Gegner ließen sie nicht an die Macht. Deshalb hätten sie noch nicht zeigen können, was sie zu leisten imstande seien. Ihr Programm sei so vorzüglich und ihre Führer so tüchtig, daß sie das Dritte Reich zum Paradies ausgestalten würden. Die Ausrede ist vorbei. Es gibt jetzt schon eine Reihe „Nazi-Paradiere“.

In einer eben erschienenen Broschüre sind sie einmal etwas genauer betrachtet und Berichte aus zehn Nazi-Paradiere veröffentlicht worden. Ubersdorf, Erbe, Rebl, Tbeuern, Schmiedebra, Raifingen, Kobura, Braunshweig, Medlenburg und Thüringen sind nur eine bescheidene Auswahl. Hier aber sind die Nazis an der Macht, hier regieren sie. Und nirgends sind die paradiesischen Zustände eingetreten. Überall haben die Nazis nicht nur völlig verlernt (das wäre noch erträglich), sie haben bewußt oder aus völliger Unfähigkeit zur Katastrophe geschrieben. Fürchterlich ist die Regierungsverfälschung in diesen Nazi-Paradiere. Jeder Bericht ist eine Anklage gegen die Nazi-Partei und eine Warnung, Deutschland nicht diesen Katastrophenpolitikern auszuliefern. Hier ist das Material zusammenggetragen, das erfolgreich gegen die Nazi-Partei zu gebrauchen ist.

**Programm und Praxis,** das ist der höchste Punkt in der Nazi-Praxis. Kommen diese Helben erst in die praktische Arbeit, dann sind sie jederzeit bereit, das ganze Programm zu verraten. An einer Fülle von Einzelbeispielen ist gezeigt, wie ganze Nazi-Fraktionen ihre eigenen Programmpunkte ablehnen. Verrat und wieder Verrat aller Nazi-Verprechungen ist das Merkmal ihrer Praxis.

**Nazi-Blüten, Reinger und Erneuer** Deutschlands nennen sich die Nazis. Die Broschüre zeigt Betrüger und Verbrecher bei der praktischen Arbeit. Unterschlagungen und schlimmste Korruptionen sind an der Tagesordnung. Landesräte, Spione, Urkundenfälscher werden mit führenden Köpfen in der praktischen Arbeit betraut. Parteibuchbeamtenwirtschaft in Reintatort!

Eine Abrechnung mit den praktischen „Taten“ der Nazis kehrt bislang in dieser Zusammenstellung. Jetzt ist eine Waffe vorhanden, die die Nazis an ihrer schwächsten Stelle trifft: Verlangen Sie in der Buchhandlung oder vom Broschürenobmann die neue Broschüre „Nazi-Paradiere“ zum Preise von 10 Pfennig.

Unterwiesheim, N. Bruchsal. Nachmals weisen wir auf die heute abend 8 Uhr in der „Kanne“ stattfindende Versammlung der S.M. hin, in welcher Genosin Startz-Karlsruhe sprechen wird über: „Die Frau und der Sozialismus“. Kommt vollständig und bringt Gewinnfreunde mit!

**Ortsvereinsvorsitzende**

Beräumen nicht die rechtzeitige Anmeldung der öffentlichen Wahlfundebungen bei den zuständigen Bezirksämtern! Sie müssen 48 Stunden vor Beginn vorliegen. Das Parteisekretariat.

**Aus dem Gerichtssaal**

**Karlsruher Schöffengericht**

**Gefälschte Quittung — Unterschlagungen eines Vereinschriftführers — Erbschwindliche Darlehen**

Im Karlsruhe, 25. Okt. Vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) hatte sich heute ein Gastwirt und Mecher aus Wiesental wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugsversuchs zu verantworten. Wie der Angeklagte angibt, hatte er eine Rechnung des Weinbändlers Jean B. in Speyer über 48 Mark fälschlicherweise quittiert, indem er von einer quittierten Rechnung unter den Worten „Betrag erhalten“ den Namen Willi B. durchstreichte. Diese Rechnung legte er im Mai oder Juni in Wiesental dem Weinbändler Willi B. vor, als dieser ihn zur Bezahlung der Rechnung aufforderte, um dadurch zu reichen, die die Firma B. von einer künftigen Einforderung des Betrages Abstand nimmt. Das Gericht sah die Verfehlung des Angeklagten mehr als einen dummen Streich denn ein Verbrechen an und verurteilte den Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände zu 10 Tagen Gefängnis.

Der 24 Jahre alte ledige Kaufmann Wenzel A. aus Hambrüden hatte als Schriftführer des Kleinfalterschützenvereins in Sambrüden Vereinsgelder in Höhe von 14,90 Mark, die er

vom Kassier zur Bezahlung von Rechnungen erhalten hatte, für sich verbraucht und weiter Beträge von 6,70 und 7,20 Mark, die er von Mitgliedern eingezogen hatte, unterschlagen und Rechnungen, die er mit den Geldern zu bezahlen hatte, selber quittiert. Wegen fortgesetzter Unterschlagung in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung wurde eine Gefängnisstrafe von einer Woche ausgesprochen.

Im letzten Falle hatte sich der schon öfters vorbestrafte 38 Jahre alte ledige Maler Franz Jöselin A. aus Karlsruhe wegen Betrugs im Rückfall und Urkundenfälschung zu verantworten. Er veranlaßte im Juli 1932 den Maler S., ihm ein Darlehen von 4 Mark zu geben, indem er ihm vormachte, er brauche das Geld, um Farbe zu kaufen und werde es am anderen Tage zurückgeben. Unter Vorzeigung einer gefälschten Vollmacht erschwand er bei einem Musiker einen Darlehensbetrag von 5 Mark, den er für sich verbrauchte. Das Gericht verurteilte A. zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

**Gewinnauszug**

**1. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.**

Ohne Gewähr Nachdruck verboten  
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer und auf die beiden Abteilungen I und II

**1. Ziehungstag** 21. Oktober 1932  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen  
2 Gewinne zu 10000 M. 392208  
2 Gewinne zu 10000 M. 133992  
4 Gewinne zu 5000 M. 339295 379313  
8 Gewinne zu 3000 M. 251440 257004 246573 380928  
6 Gewinne zu 2000 M. 202377 351273 387524  
22 Gewinne zu 1000 M. 35896 67247 77867 95461 113765 141129  
230696 342050 354483 373905 384518  
32 Gewinne zu 800 M. 7440 11840 23465 53357 72829 78153  
126478 137433 161586 267907 278551 322182 331760 350062 374078  
374217  
62 Gewinne zu 500 M. 39288 51282 51513 62777 85650 100425  
113999 131983 134012 135943 137461 166762 166778 181589 189478  
201230 219558 223511 238184 241798 252577 267227 271567 280395  
291494 302204 321595 323563 325537 347493 351763

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen  
2 Gewinne zu 10000 M. 389113  
4 Gewinne zu 5000 M. 217127 318377  
6 Gewinne zu 2000 M. 115914 237085 341420  
36 Gewinne zu 1000 M. 7923 20902 50548 63994 91617 105945  
250017 264378 278392 283109 283969 298626 307740 345202 346258  
392788 394493 399483  
48 Gewinne zu 800 M. 6169 19245 27340 31955 46185 51489 59646  
109348 105774 123330 138048 167617 167956 193306 243158 264578  
277045 287989 320304 332843 345436 387988 389491 395854  
44 Gewinne zu 500 M. 15173 18749 19528 54239 55443 66800  
60735 66884 107483 154817 157540 162480 200883 211888 228914  
253927 266567 279483 292320 320668 347651 351495

**2. Ziehungstag** 22. Oktober 1932  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen  
2 Gewinne zu 10000 M. 331354  
2 Gewinne zu 10000 M. 232552  
2 Gewinne zu 5000 M. 185325  
4 Gewinne zu 3000 M. 68068 171888  
8 Gewinne zu 2000 M. 49747 195677 273353 287024  
24 Gewinne zu 1000 M. 60113 139884 163392 178734 215363  
227596 237763 242221 263953 370415 374161 396951  
36 Gewinne zu 800 M. 8287 8576 79718 93056 110499 117543  
141791 147305 250171 261730 285343 310368 326633 328781 331202  
334173 388302 398403  
48 Gewinne zu 500 M. 3883 4479 9287 69515 79837 87885 106880  
121748 143687 176955 178548 181506 213113 236593 254339 258751  
259417 302498 384795 392890 396496 398097 393496 393523

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen  
2 Gewinne zu 5000 M. 397236  
10 Gewinne zu 3000 M. 67688 169496 197076 398775  
18 Gewinne zu 2000 M. 22718 80736 296666 321298 331504  
18 Gewinne zu 1000 M. 37117 100620 131684 207041 211680 291522  
365592 370635 392945  
34 Gewinne zu 800 M. 6485 110752 118428 121949 152908 164590  
184075 194781 195391 236127 266394 279914 343300 381188 393744  
393110 394426  
48 Gewinne zu 500 M. 14791 21498 41371 58244 76876 110860  
194284 206995 220352 237953 263287 265061 292556 303581 306603  
309211 311020 337093 339095 338887 348701 379147 398281

Die Ziehung der 2. Klasse der 40. Preussisch-Süddeutschen (266. Preuß.) Staats-Lotterie findet am 18. und 19. Novbr. 1932 statt.

Oberebener: Georg Schöpflin, Verantwortlich: Volpert, Brethaus Baden, Volkswirtschaftl., Gemeindefachschreib. Sozialist. Beauftragter, aus aller Reich. Die Welt der Frau, Vertriebsnachrichten: E. G. H. a. n. a. m. z. Groß-Karlsruhe, Gemeindepollitz, Durich, aus Mittelbaden, Gerichtszetlung, Karlsruhe Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Anstufste: Josef Elfer, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Edmüllers wohnhaft in Karlsruhe.

**Nur etwa 10 bis 12 Pfennige** kostet Sie im Durchschnitt  
**die Kilowattstunde für Beleuchtungs-, Kraft- und Heizzwecke**  
wenn Sie nach dem Badentarif auch elektrisch kochen. Ueberzeugen Sie sich!

**Trinkt Hoepfner-Bils**

**TACHO Schnellwaagenfabrik G.m.b.H.**  
Karlsruhe in Baden  
älteste deutsche Neigungswaagenfabrik liefert Schnellwaagen aller Art für Kleinhandel, Lager- u. Fabrikbetriebe

Baubedarf G. m. b. H.  
**Müller-Glauner-Taxis** Reserviert  
Baumaterialien-Handlung  
Brauerstr. 6B / Telefon 787677

**Ein freudiges Verkaufereignis!** **Zwilling-Preise!** **22 66 44 88** **KNOPF**  
Schaufenster 1, 2 und 3

BESUCHT DAS **VOLKSHAUS** SCHÜTZENSTRASSE 16  
**Moninger Bier** GUTE KÜCHE UND KELLER  
EIGENE SCHLACHTUNG  
ANGENEHMER AUFENTHALT

**Milch** das billigste und bekömmlichste Nahrungsmittel  
In der **Schuh-Zentrale Offenburg, Hauptstraße 38**  
kauft man gut und preiswert

